

Parlamentspräsident Ghulyan in Deutschland

Zu einem Arbeitsbesuch hielt sich die vom Präsidenten der Nationalversammlung (Parlament) der Republik Berg-Karabach Ashot Ghulyan geleitete Delegation vom 1.-4. April 2014 in Deutschland auf. Dies war bereits der zweite Deutschland-Besuch des Parlamentspräsidenten von Berg-Karabach Ghulyan. Erstmals weilte er im Sommer 2008 hier. Ihn begleitete der Stellvertretende Außenminister der Republik Berg-Karabach Felix Khachatryan.

Im Rahmen seines Aufenthalts besuchte die Delegation in Begleitung des Ständigen Vertreters der Republik Berg-Karabach in Deutschland Harutyun Grigoryan am 1. April das Lepsiushaus Potsdam. Der wissenschaftliche Direktor des Lepsiushauses Potsdam Dr. Rolf Hoffeld stellte den Gästen die Geschichte des Hauses, die Arbeitsfelder und die Projekte vor. Der Parlamentspräsident brachte seine Genugtuung bezüglich der vom Lepsiushaus Potsdam geleisteten Arbeit zum Ausdruck, trug sich in das Gästebuch ein und erörterte mit dem wissenschaftlichen Leiter Dr. Hoffeld die künftige Zusammenarbeit betreffende Fragen.

Am selben Tag wurde in der Europäischen Akademie Berlin in Anwesenheit des Parlamentspräsidenten die Ausstellung mit Werken von Künstlern aus Arzach (Berg-Karabach) eröffnet. Diese trug den Titel „Mein Arzach“, insgesamt 33 Werke von zwölf Künstlern waren zu sehen. Einleitende Worte sprachen der Direktor der Europäischen Akademie Berlin Prof. Dr. Eckart Stratenschulte und der armenische Künstler Archi Galentz (s. den Beitrag „InteriorDAsein“ in dieser Ausgabe).

Anschließend fand im Tagungsraum der Akademie eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die Rolle und Bedeutung von Berg-Karabach bei der Entwicklung des Südkaukasus“ statt. Der Hauptreferent war der Parlamentspräsident von Berg-Karabach Ashot Ghulyan. In seinen Ausführungen ging er auf die Erwartungen, Sorgen und Perspektiven ein, skizzierte den Gründungsprozess der Republik Berg-Karabach und ihre Konsolidierung, den gegenwärtigen Stand bei der Regelung des Konflikts zwischen Karabach und Aserbaidschan und unterstrich, dass der kürzeste Weg für einen lang anhaltenden Frieden über die Schaffung der Grundlagen für eine friedliche Existenz der zwei unabhängigen Staaten Berg-Karabach und Aserbaidschan führe.

„Im Mai dieses Jahres werden wir auf 20

Jahre Waffenstillstand zurückblicken. Dennoch müssen wir feststellen, dass der Konflikt nach wie vor ungelöst ist“, unterstrich Ghulyan und ging auf die drei fundamentalen Hindernisse ein, die einer Regelung des Berg-Karabach-Konflikts im Wege stehen. Vermutlich bestehe das zentrale Problem darin, dass Karabach als unmittelbare Partei an den Verhandlungen nicht beteiligt sei. Das zweite wichtige Problem sei die Kriegsrhetorik Aserbaidschans, die ständigen Provokationen an der Kontaktlinie zwi-

Wolfgang Börnsen und der Direktor der Europäischen Akademie Berlin Prof. Dr. Eckart Stratenschulte sich beteiligten.

„Auch Deutschland trägt Verantwortung für die regionale Stabilität und muss seine Außenpolitik im Südkaukasus aktivieren“, diese Ansicht hat der ehemalige Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnsen vertreten. Er gehörte in seiner damaligen Eigenschaft als Vorsitzender der Deutsch-südkaukasischen Parlamentariergruppe zu den wenigen Akteuren, die Berg-Karabach



A. Ghulyan, U. Halbach (hinten), D. Stratenschulte, W. Börnsen (v.l.)

© Armine Torosyan

schen Karabach und Aserbaidschan sowie die Drohungen Bakus. Und schließlich sei es geradezu unmöglich, eine Regelung zu finden, wenn zwischen den Parteien kein Vertrauen herrsche. Unter diesen Bedingungen sei es sehr schwierig, Abmachungen zu treffen und diese später umzusetzen. „Regionale Projekte, in die alle Parteien eingebunden sind, darunter auch Berg-Karabach, können einer friedlichen Lösung beitragen. Es wäre angebracht, wenn die internationale Gemeinschaft bei der Realisierung ihrer regionalen Projekte sich von diesem Prinzip leiten ließe“, merkte der Parlamentspräsident an und unterstrich, dass der internationalen Gemeinschaft bei der Regelung des Konflikts Aufgaben zukommen.

Nach den Anmerkungen von Ashot Ghulyan kam es zu einem Meinungsaustausch, an dem Prof. Dr. Otto Luchterhandt von der Universität Hamburg, Dr. Uwe Halbach von der Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Deutsch-südkaukasischen Parlamentariergruppe

besucht haben und infolgedessen nicht mehr die Gelegenheit haben, nach Aserbaidschan einzureisen. Dieses Verhalten Aserbaidschans behindert seiner Ansicht nach die friedliche Regelung des Konflikts. Wolfgang Börnsen erwähnte auch, dass man Berg-Karabach besuchen müsste, um sich den Konflikt richtig vorstellen und bewerten zu können. Es sei besser, einmal mit eigenen Augen zu sehen, als mehrfach darüber zu lesen oder davon zu hören. Folglich sollten sowohl Abgeordnete als auch Experten und Vertreter von Regierungsstellen Berg-Karabach besuchen, um dort vor Ort sich mit den Fakten vertraut zu machen, damit sie bei ihren künftigen Entscheidungen keine Fehler machen, fügte Wolfgang Börnsen abschließend hinzu.

Als einer der Anwesenden fragte, dass selbst Armenien die Unabhängigkeit von Berg-Karabach nicht anerkannt habe, merkte Professor Luchterhandt an, dass die Regierenden Armeniens die Unabhängigkeit von Berg-Karabach schon längst hätten anerkennen müssen. Berg-Karabach habe

jahrelang unter Beweis gestellt, dass es den demokratischen Weg gewählt habe, für Aserbaidschan hingegen Demokratie und Rechtsstaat Fremdwörter seien.

„Aserbaidschan verfolgt eine Politik der Xenophobie und des Armenier-Hasses und verschärft so den Berg-Karabach-Konflikt“, so Professor Luchterhand. „Was kann Aserbaidschan Berg-Karabach geben? Au-



Das Auditorium in der Europäischen Akademie Berlin

© Tigran Petrosyan

tonomie? Wir sehen, was in Nachitschewan mit Autonomie gemacht worden ist. Das ist geradezu lachhaft“, ergänzte Professor Luchterhand und fügte hinzu, dass die Bevölkerung von Arzach ihre Wahl bereits getroffen habe. Professor Luchterhand ging auch auf die Parallelen zwischen der Krim und Karabach ein und unterstrich, dass man bei den Definitionen sehr vorsichtig sein müsse, besonders dann, wenn es um das Selbstbestimmungsrecht der Völker gehe. „Die Krim wurde von den russischen Streitkräften besetzt, während das Volk von Arzach für sein Selbstbestimmungsrecht gekämpft hat und siegreich war bei dem ihm aufgezwungenen Krieg. So gesehen ist das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker gerechtfertigt und es ist nicht ganz korrekt, wenn der Karabach-Konflikt auf die gleiche Ebene gestellt wird mit der Krim“, merkte Professor Luchterhand an.

Dr. Uwe Halbach von der Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin gab zu bedenken, dass solange der Alijew-Clan an der Macht sei und man aus Baku fortwährend martialische Erklärungen vernehme, es nicht zu erwarten sei, dass die Menschen in Karabach Aserbaidschan vertrauen könnten. Schließlich sei es nicht möglich, mit Petrodollars alles zu kaufen.

An der Veranstaltung nahm auch der

armenische Botschafter in Deutschland Dr. Vahan Hovhannesian teil.

Unter den Anwesenden befanden sich auch Mitarbeiter der Berliner Universitäten, der politischen Stiftungen, gesellschaftlichen Organisationen, Medienvertreter sowie die Vertreter von Kosovo und Abchasien in Deutschland. Auch Aserbaidschaner wollten sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen.

Anzumerken ist, dass beim Zustandekommen der Programmpunkte in der Europäischen Akademie Berlin Andranik Aslanian sich eingebracht hat.

Während seines Berlin-Besuches traf sich Parlamentspräsident Ghulyan auch mit Vertretern der örtlichen armenischen Vereinigungen. In seiner Ansprache bedankte er sich bei ihnen und der armenischen Gemeinschaft in Deutschland für die fortwährende Hilfe und Unterstützung der Republik Berg-Karabach. Zum Abschluss übergab er den drei Organisationen, nämlich der Armenischen Gemeinde zu Berlin, der Armenischen Kirchen- und Kulturgemeinde Berlin sowie dem Verband der Europäischen und Armenischen Fachleute die Gedenkmedaille aus Anlass der 25-Jahre-Feiern des Befreiungskampfes von Arzach.

Die von Parlamentspräsidenten der Republik Berg-Karabach Ashot Ghulyan geleitete Delegation traf sich auch mit einigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Bei diesen Gesprächen erläuterte er ihnen die Genese des Konflikts zwischen Aserbaidschan und Karabach, ging auf die gegenwärtige Lage und die möglichen Entwicklungen ein und schilderte darüber hinaus den Aufbauprozess und die demokratischen Reformen in der jungen Republik Karabach.

Wien-Besuch



Zu einem Staatsbesuch weilte der armenische Präsident Serge Sargsyan am 11. und 12. Juni in Wien. Damit folgte er einer Einladung, den der österreichische Präsident Dr. Fischer Ende Juni 2012 in Armenien ausgesprochen hatte (s. ADK 157, S. 9/10). Die beiden Staatsmänner hatten sich zuletzt im April 2014 im Rahmen der Östlichen Partnerschaft in Prag getroffen.

Der Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation war von besonderer Wichtigkeit. Dazu passte auch ein österreichisch-armenisches Wirtschaftsforum in der Wirtschaftskammer Österreichs in Beisein ihres Präsidenten Christoph Leitl. Das multifunktionale Hayastan-Zentrum (Wirtschaft, Finanzen, Kultur, Technologie werden dort angesprochen) wurde am 11. Juni im Beisein des Präsidenten eröffnet. Es ist der diplomatischen Mission Armeniens in Wien angegliedert.

Unterzeichnet wurden eine Reihe von bilateralen Vereinbarungen, so eine „Erklärung über freundschaftliche Beziehungen und Partnerschaft“ zwischen Österreich und Armenien durch die beiden Präsidenten.

Zwei weitere Vereinbarungen folgten: ein Gemeinsamer Aktionsplan für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft vom armenischen Wirtschaftsminister Karen Chshmarityan und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und ein Luftverkehrsabkommen von Minister Chshmarityan und Verkehrsministerin Doris Bures.

Der Präsident der Republik Armenien besuchte auch das Wiener Rathaus, wo er sich mit dem Bürgermeister Michael Häupl traf und sich in das Goldene Buch der Stadt eintrug. Politischen Charakter hatten die Treffen von Präsident Sargsyan mit der Nationalratspräsidentin Barbara Prammer im Parlament. Der Nationalrat ist die Abgeordnetenversammlung des österreichischen Parlaments. Eine abschließende Unterredung zwischen Präsident Sargsyan und Bundeskanzler Werner Faymann im Bundeskanzleramt rundete den Staatsbesuch in Österreich ab.